

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Christian Meyer und Imke Byl (GRÜNE)

Kein Ausgleich der Klimaschäden des Moorbrandes 2018 - Kommt die Bundeswehr davon?

Anfrage der Abgeordneten Christian Meyer und Imke Byl (GRÜNE) an die Landesregierung, eingegangen am 09.06.2021

Der durch Raketenversuche der Bundeswehr ausgelöste tagelange Moorbrand 2018 im Emsland hat nicht nur die Anwohnerinnen und Anwohner und Einsatzkräfte von Feuerwehr und Polizei wochenlang beeinträchtigt, sondern verursachte neben Schäden an der Natur auch erhebliche Klimaschäden. Nach Angaben des Inventarberichts der Bundesregierung wurden durch den Moorbrand 637 000 t CO₂ freigesetzt.

Laut NOZ vom 06.06.2021 („Moorbrand: Bund zahlt Emsland nichts für riesige Treibhausgaswolke“) will das Bundesverteidigungsministerium den Klimaschaden nicht ausgleichen:

„Im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit sagte das Verteidigungsministerium 2018 jedoch zu, dass die verursachten Treibhausgasemissionen vom Umweltbundesamt und von dem Thünen-Institut ermittelt und dann ‚ausgeglichen beziehungsweise kompensiert‘ würden. Diese Aussage wiederholte das Verteidigungsministerium am 12.11.2018 in seiner Antwort ‚zum Waldbrand Meppen‘ auf Anfrage des Bundestagsabgeordneten Sven-Christian Kindler (Bündnis 90/Die Grünen). Offen sei nur noch ‚Art und Umfang‘ der Kompensation, so das Ministerium damals in seiner Zusage.“ (NOZ vom 06.06.2021).

Jetzt erklärte das Bundesverteidigungsministerium laut NOZ: „Die Emissionen des Moorbrandes wurden im Juli 2020 im Nationalen Inventarbericht zum Deutschen Treibhausgasinventar dem Kapitel ‚Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft‘ zugeordnet. Dies habe laut dem Staatssekretär die Konsequenz, dass ‚diese Einstufung keine Rechtsgrundlage für eine Kompensation dieser Emissionen gibt‘. Somit seien nach den Vorgaben der Bundeshaushaltsordnung keine Ausgleichsmaßnahmen ‚für die durch den Moorbrand verursachten Treibhausgasemissionen im Einzelplan 14 möglich‘“.

Diese Auffassung des Bundes wurde im Umweltausschuss des Landtags bereits am 20.04.2020 auf die Frage des Abgeordneten Christian Meyer, ob der Bund auch den Klimaschaden ausgleiche, vom Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz mitgeteilt: „Der Bund vertritt den Standpunkt, dass dieser Fall für das internationale Emissionsinventar nicht zu erfassen ist. Demnach gebe es im internationalen Sinne keinen Schaden. Das entspricht natürlich nicht der Auffassung der Landesregierung.“ (Niederschrift über die 58. - öffentliche - Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz am 20.04.2020, S.17)

In der NWZ vom 01.02.2019 forderte Umweltminister Lies „50 Millionen Euro Umweltausgleich“ für die Schäden an Natur und Klima: „Konservativen Schätzungen zufolge habe das durch Bundeswehr-Schießübungen im trockenen Moor der ‚Tinner Dose‘ ausgelöste Feuer etwa 500 000 t CO₂ freigesetzt, das sei fast doppelt so viel, wie Niedersachsen 2018 durch Klimaschutzmaßnahmen eingespart habe. Allein zum Ausgleich dafür brauche es Klimaschutzmaßnahmen in Höhe von 25 Millionen Euro. Auf weitere 25 Millionen Euro bezifferte der Minister die Umweltschäden vor Ort, Lies sprach von etwa 1 200 ha zerstörtem Moor. Er gehe davon aus, dass die Bundeswehr ‚wie jedes Unternehmen‘ für die Folgen geradestehen müsse.“

Laut Drucksache 18/4418 ist das aufgrund von Strafanzeigen gestartete Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Osnabrück gegen mögliche Verantwortliche des Moorbrandes wegen fahrlässiger Brandstiftung und Gesundheitsgefährdung noch nicht abgeschlossen: „Im Rahmen der Ermittlungen hat sich gezeigt, dass die Hinzuziehung eines externen Sachverständigen zur Beurteilung der Brandschutz- und Brandbekämpfungsmaßnahmen erforderlich ist. Nach einer ersten Einschätzung

des Gutachters wird mit der Vorlage des Gutachtens nicht vor Anfang des nächsten Jahres zu rechnen sein. Erst auf der Grundlage einer entsprechenden Expertise wird sich die Frage nach strafrechtlich relevanten Sorgfaltspflichtverstößen im Rahmen der Versuchsdurchführung sowie der Brandbekämpfung zuverlässig klären lassen.“

1. Was hat das angekündigte Gutachten zur Beurteilung der strafrechtlich relevanten Sorgfaltspflichten im Rahmen der Waffentests sowie der Brandbekämpfung ergeben?
2. Wie ist der Stand der Ermittlungen gegen mögliche Verantwortliche der Bundeswehr, und wurde Anklage erhoben?
3. Gab es einen irgendwie gearteten Einfluss der Landesregierung auf die Staatsanwaltschaft, nicht gegen Verantwortliche bei der Bundeswehr zu ermitteln?
4. Wann und in welcher Weise wurde das Justizministerium und speziell Ministerin Havliza über den Stand der Ermittlungen unterrichtet?
5. Gab es Kontakte, Gespräche, E-Mails des Landes zum Bundesverteidigungsministerium bezüglich der Ermittlungen?
6. Gab es Kontakte, Gespräche, E-Mails des Bundesverteidigungsministeriums in Richtung des Landes, denen zufolge die Staatsanwaltschaft nicht intensiv gegen Verantwortliche der Bundeswehr ermitteln oder das Verfahren einstellen sollte?
7. Wieviel der von Umweltminister Olaf Lies in der NWZ vom 01.02.2019 geforderten je 25 Millionen Euro für den Natur- und Klimaschaden sind von der Bundeswehr gezahlt worden?
8. Vertritt die Landesregierung weiterhin die Auffassung, dass der Klimaschaden durch den Bund finanziell auszugleichen ist (siehe Umweltausschuss vom 20.04.2020)?
9. Teilt die Landesregierung den vom Bund genannten Klimaschaden in Höhe von 637 000 t, oder hat sie eigene Einschätzungen/Untersuchungen?
10. Wie ist der Stand der naturschutzrechtlichen Kompensation des Moorbrandes durch die Bundeswehr?
 - a) Wie ist der Stand der Erfassung des durch den Moorbrand verursachten Schadens an der Natur?
 - b) Wieviel Hektar Moor wurde bislang vom Bundesverteidigungsministerium renaturiert?
 - c) Wie wurde der entstandene Schaden bisher ausgeglichen?
11. Hat die Bundeswehr außer dem Dorffest in Stavern irgendeine freiwillige Kompensation des durch den Moorbrand verursachten Natur- und Klimaschadens geleistet?
12. Was hat Umweltminister Lies (SPD) unternommen, um beim Bundesverteidigungsministerium eine Kompensation der Klimaschäden zu erreichen?

(Verteilt am 16.06.2021)